

Protokoll
Gemeinderatssitzung vom 03.02.2021
Ort: Turnhalle Bernhardswald
Beginn: 18:00 Uhr

Teilnehmer: 17

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.12.2020 2021/0210

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 20.01.2021

Beide Niederschriften wurden einstimmig angenommen

TOP 3 Bekanntgabe von Beschlüssen, deren Geheimhaltungsgründe weggefallen sind

TOP 4 Beschaffung Feuerwehrschtzhelme; Auftragsvergabe

BM Obermeier erklärt:

- Die alten Helme haben das Ablaufdatum erreicht.
- Die Feuerwehrkommandanten wurden gefragt, wie viele Helme sie brauchen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt, die Beschaffung der Feuerwehrschtzhelme, Model HEROSMART an die Firma Gstöttl Brandschutz GmbH, Sulzbachstr. 13, 94081 Fürstzell-Engertsham mit der Angebotssumme von insgesamt brutto 28.302,91 € zu vergeben.

Anwesend: 16
Ja-Stimmen: 16
Nein-Stimmen: 0

TOP 5 Antrag der Mitglieder des Gemeinderates Ludwig Erl und Herbert Kaiser; Beratung und Beschlussfassung des Antrags: Sanierung bzw. Ausbau der Blumenstraße im Ortsteil Kürn

GR Erl erklärt, dass er zusammen mit Herrn Kaiser im Antrag darauf hingewiesen hat, dass die Blumenstraße in sehr schlechtem Zustand ist und eine Gefährdung beim Befahren darstellt. Erl geht davon aus, dass nach der Feststellung über den Zustand der Gemeindestraßen, für die Anlieger der Blumenstraße keine Kosten entstehen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat nimmt den Beschluss zur Straßenzustandserfassung und –bewertung vom 09.09.2020 zur Kenntnis und hält an ihm fest. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind dem Gemeinderat schnellstmöglich nach Fertigstellung vorzulegen.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 0

**TOP 6 Antrag der Freie Wähler; Beratung und Beschlussfassung des Antrags:
Behandlung bereits gestellter und beschlossener Anträge**

1. Mitgestaltende Bürgerbeteiligung

GR Erl erklärt, dass bereits am 14.11.2018 der Antrag gestellt wurde, dass eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll, die einen Fragebogen erstellt, der schließlich von den Bürgerinnen und Bürgern des gesamten Gemeindegebiets beantwortet werden kann. Die Ergebnisse sollen schließlich in ein Gemeindeentwicklungskonzept für die nächsten 10 Jahre einfließen. Am 19.03.2019 wurde dieser Antrag im GR behandelt und schließlich eine Arbeitsgruppe gebildet, die obig genannte Aufgabe übernehmen sollte. Das Vorhaben kam aber in der alten Legislaturperiode nicht mehr zur Umsetzung.

Nun sollte ein neuer Anlauf in der Sitzung vom 17.02.2021 unternommen werden.

GRin Claudia Auburger weist darauf hin, dass in dem beantragten ISEK – Programm (Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung) ein Fragebogen entstehen wird und damit wäre die Bildung eines Arbeitskreises nicht notwendig.

GR Erl erwidert, dass beim ISEK-Projekt nur der Ort Bernhardswald ins Auge gefasst wird. Den GR der Freien Wähler ist es aber sehr wichtig, dass alle Ortsteile von Bernhardswald in die Fragebogenaktion einbezogen werden.

3. BM Auburger Markus gibt zu bedenken, dass durch einen Fragebogen Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können und lehnt deshalb den Antrag ab.

GR Brey bringt vor, dass wir das Pferd nicht von hinten aufzäumen sollten, die ILE-bzw. ISEK-Programme (Integrierte ländliches Entwicklungskonzept bzw. der gemeinsame Zusammenschluss von 10 Gemeinden aus mehreren Landkreisen), welche seit 2015 laufen würden, hätten bisher keine greifbaren Ergebnisse gebracht. Wenn Bernhardswald mit einem gemeindeweiten Entwicklungskonzept endlich vorankommen wolle, müssten wir das selbst in die Hand nehmen. Fortschritte bei den überörtlichen Programmen könnten dann jederzeit integriert werden.

GR Mindel weist ebenfalls auf die Wichtigkeit eines Arbeitskreises, bestehend aus GR-Mitgliedern hin.

2. BM Rößler verstärkt die Aussage von GR Mindel, indem er hinweist, dass in dieser Arbeitsgruppe nicht nur Gemeinderäte sein sollen, sondern auch Vereinsvertreter, Vertreter der Außenorte und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

GR Berger äußert, dass er durchaus den Sinn und Zweck der Bürgerbeteiligung versteht und deshalb das Vorhaben unterstützt. Im Gleichlaut merken dies auch GR Dr. Niebelschütz und GRin Läßle an. GR Dr. Niebelschütz ergänzt, dass nach Anlauf des ISEK-Prozesses die Arbeit des Arbeitskreises gewinnbringend mit integriert werden könnte.

GR Brey schlägt schließlich vor, dass man ja den Satz „Die Zieldefinition des Arbeitskreises lautet: Einen Fragebogen unter dem Thema „Mitgestaltende Bürgerbeteiligung“ zu gestalten, zu verteilen und auszuwerten.“ aus dem FW-Antrag streichen könne. Damit kann der Arbeitskreis selbst sein Vorgehen bestimmen und für erforderlich gehaltene Massnahmen vorschlagen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Gemeinderat beschließt, dass in der nächsten Sitzung am 17.02.2021 die Mitglieder des Arbeitskreises „Mitgestaltende Bürgerbeteiligung“ benannt und beschlossen werden. Die Ergebnisse sollen spätestens Ende 2021 im Gemeinderat vorgestellt werden.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 2

2. Energienutzungsplan

GR Erl stellt fest, dass die Erstellung eines Energienutzungsplans von der FW-Fraktion gemeinsam mit den Gemeinderäten Dr. Ulrike Lehner, Josef Fichtl und Christian Lingauer im Zusammenwirken mit der Energieagentur am 24.01.2017 beantragt wurde.

Der Beschluss, diesen Antrag umzusetzen wurde in der GR-Sitzung am 31.03.2017 einstimmig gefasst.

Leider wurde dieser bis heute nicht umgesetzt.

BM Obermeier gibt nun bekannt, dass in einem am Vortag eingegangenen Schreiben das Landratsamt Regensburg mitteilt, dass für sämtliche Gemeinden des Landkreises ein Energienutzungsplan erstellt werden soll, der regionale Energiegewinnung und Energieeinsparung untersuchen wird.

Der Prozess soll ab Mitte Mai 2021 beginnen.

In einer kurzen Diskussionsrunde weisen mehrere GR-Mitglieder darauf hin, dass die Erstellung eines Energienutzungsplans sehr dringend sei und man jetzt abwarten solle, was der Landkreis erarbeitet.

Beschlussvorschlag

Es werden zunächst die Ergebnisse des Landkreises abgewartet. Daraus folgend wird die Gemeinde dann weitere Schritte unternehmen.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 0

TOP 7 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen; Beratung und Beschlussfassung des Antrags: Wohnraumentwicklung Nachverdichtung

GR Dr. Niebelschütz erklärt, dass die Notwendigkeit einer Nachverdichtung im Ortskern von Bernhardswald erkennbar ist, aber die Fraktion der Grünen bereits im Vorfeld durch GRin Läßle ihren Antrag zurückgezogen habe. Dr. Niebelschütz weist auch darauf hin, dass der § 176 BauGB kein geeignetes Mittel ist, um dieses Problem zu lösen.

GR Fichtl verwehrt sich dagegen, dass sein Name auf dem Antrag steht und distanziert sich deutlich vom Antrag der Grünenfraktion. Er halte es für unzulässig, diesen Antrag überhaupt zu stellen.

GR Brey stellt fest, dass der Antrag Niebelschütz, ein Baugebot für nicht bebaute, aber bebaubare Grundstücke im Innenbereich in Erwägung zu ziehen, rechtlich zulässig gestellt werden könne, weil dies auch im Baugesetzbuch so vorgesehen sei. Eine Nachverdichtung in Ortskernen werde auch von der Staatsregierung als dringend notwendig angesehen. In der Realität sei es aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen schwierig, dies umzusetzen. Um dieses Ziel dennoch zu erreichen, sei es

seiner Ansicht nach wichtig, Anreize für die Besitzer von Grundstücken im Innenbereich für den Verkauf oder eine Bebauung zu schaffen. Auf Frage von Bgm. Obermeier, welche Anreize dies sein könnten, meinte Brey, dass man z.B. den Grundstückseigentümern andere bebaubare Grundstücke zum Tausch anbieten sollte.

GR Erl: Wir sind gefordert und müssen uns viele Gedanken machen, um Anreize für die Besitzer zum Verkauf oder Tausch von Grundstücksflächen zu schaffen.

2.BM Rößler: Wir müssen uns auf einen langfristiger Prozess bei der Lösung der Nachverdichtung einstellen.

Da der Antrag der GRÜNEN zurückgezogen wurde, gab es keine Abstimmung.

TOP 8 Antrag der CSU; Beratung und Beschlussfassung des Antrags: KFZ-Abmeldung, Passbildautomat und Blütenmischungen

1. Bearbeitung von KFZ-Abmeldungen in Bernhardswald

GRin Auburger trägt vor, dass vor allen Dingen durch diese Möglichkeit die langen Wartezeiten im Landratsamt vermieden werden können und zudem die Zulassungsstelle in Regensburg entlastet wird.

Im Anschluss weist BM Obermeier darauf hin, dass das LRA diesem Vorschlag abgeneigt ist. GR Dr. Niebelschütz weist auf die bereits bestehenden digitalen Möglichkeiten bei einer KFZ Abmeldung hin.

GR Erl meint, dass die Möglichkeit einer KFZ Abmeldung in der Gemeinde grundsätzlich gut sei, fragt aber nach, ob die Gemeinde dies leisten könne und welche Kosten dadurch verursacht werden?

BM Obermeier: es ist nicht klar, welchen Aufwand auf uns zukommt. Auch welche Kosten durch die Schaffung der notwendigen Infrastruktur entstehen, ist nicht bekannt.

GR Brey schlägt vor: Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landratsamt Kontakt aufzunehmen, um die Anforderungen zu klären.

Beschlussvorschlag:

Es wird eine Abfrage an das Landratsamt über diesen Sachverhalt erstellt.

| | |
|---------------|----|
| Anwesend: | 17 |
| Ja-Stimmen: | 17 |
| Nein-Stimmen: | 0 |

2. Aufstellung eines Automaten für Passbilder

GRin Auburger weist darauf hin, dass mittlerweile Fotostudios in Rathäusern Passbildautomaten aufstellen.

Die Diskussion ergibt folgendes Ergebnis:
Diese Möglichkeit wird weiter im Auge behalten.

3. Aussähen von Blütenmischungen auf öffentlichen Flächen.

BM Obermeier weist darauf, dass dieses Thema bereits mit dem Gartenbauamt geklärt wurde.

TOP 9 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen; Beratung und Beschlussfassung des Antrags: Klimaschutz Bernhardswald

1. Mobilität

1.1 GR Dr. Niebelschütz trägt vor, dass Parkplätze offiziell als P&R-Parkplätze ausgewiesen werden sollen. Insbesondere solle dies am Rathaus-Parkplatz geschehen.

GR Lingauer ist nicht dafür, dass am Rathaus solche Schilder aufgestellt werden sollen. Damit könnte Parkplatznöte entstehen.

GR Fichtl schlägt vor, dass P&R-Schilder besser in der Nähe der B16 aufgestellt werden sollten. GR Brey unterstützt dies.

Die Fraktion der Grünen ziehen daraufhin ihren Antrag bzgl. P&R Schilder am Rathausplatz zurück.

BM Obermeier: die Gemeindeverwaltung wird geeignete Standorte an der B16 prüfen.

1.2 GR Niebeschütz stellt nun den Antrag auf Erstellung von E-Ladesäulen vor.

GR Brey weist auf ein diesbezügliches Projekt in Wiesent im Rahmen des ILE – Projekts hin. BM Obermeier teilt mit, dass dies in diesem Zusammenhang nicht greift.

GR Erl bittet darum, die Aufstellung von E-Ladesäulen am EDEKA- und NETTO-Parkplatz zu prüfen.

BM Obermeier, die Verwaltung wird mehrere Möglichkeiten für die Aufstellung von E-Ladesäulen prüfen.

Anwesend: 17

Ja-Stimmen: 15

Nein-Stimmen: 2

1.3 Carsharing

GR Niebelschütz: Die zur Verfügungsstellung eines Standortes für ein Fahrzeug im Rahmen des Programms „eCarsharing im Landkreis Regensburg“ KERL sollte durch die Verwaltung geprüft werden.

BM Obermeier: In früherer Zeit wurde ein solcher PKW innerhalb von 3 Monaten von 5 Personen genutzt.

GR Dr. Niebelschütz und 3. BM Rößler weisen gleichlautend darauf hin, dass sich der Zeitgeist bzgl. E-Mobilität inzwischen geändert hat und das Projekt jetzt mehr Erfolg haben könnte.

Beschlussvorschlag:

Ein E-KFZ soll probeweise für 1 Monat zur Verfügung gestellt werden.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 7

2. Stromerzeugung

GR Niebelschütz trägt den Antrag der Grünenfraktion, die Errichtung PV-Anlagen auf Liegenschaften der Gemeinde zu forcieren.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung gemeinsam mit der Energieagentur Regensburg ein Machbarkeits- und Kostenkonzept zur Installierung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäude zur Stromerzeugung und Selbstnutzung zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.
2. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Strombeschaffung zur Kenntnis.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 0

TOP 10 Antrag des Mitglieds des Gemeinderates Martin Rehm; Beratung und Beschlussfassung des Antrags: Erstellung eines gemeinsamen Heizkonzepts für den Bauhof der Gemeinde Bernhardswald und den angrenzenden Radlbahnhof

GR Rehm weist gleich darauf hin, dass die Vorgehensweise der Verwaltung nicht seinem Antragstext entspricht und stellt deswegen den Antrag zur Geschäftsordnung, dass über die Behandlung seines Antrags abgestimmt wird. Ergänzend trägt er die Vorteile eines Zusammenschlusses der Heizungen des Bauhofs und des Radlbahnhofs vor.

Die Verwaltung begründet ihre Vorgehensweise mit folgenden Argumenten:

- Der begleitende Architekt ist bereits mit dem Thema der Instandsetzung des Radlbahnhofs betraut, weshalb nicht auch noch die Energieagentur eingeschaltet wurde. Diese würde zusätzliche Kosten verursachen.
- Bei der Einschaltung der Energieagentur kann der Zeitplan für die Instandsetzung im Jahr 2021 nicht eingehalten werden.

GR Fichtl weist darauf hin, dass er die Information hat, dass die geplante Pelletheizung nicht im Radlbahnhof eingebaut werden kann.

GR Mindel meint, dass es ev. Probleme bei Veräußerung des Radlbahnhofs geben könnte, wenn dieser mit der Heizung am Bauhof verbunden ist.

Nach einer weiteren Diskussion wurde als Beschlussvorschlag formuliert:

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag von GR Rehm wird in der gestellten Form bearbeitet.

Anwesend: 17
Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen: 6

Damit ist die Behandlung des TOP 10 in der vorgestellten Form nicht mehr notwendig.

Bekanntgaben, Anfragen, Verschiedenes

BM Obermeier:

- Bitte Mitglieder für die Arbeitskreise – Bürgerbeteiligung und Rathausplatz 4- bei der nächsten Sitzung vorschlagen.
- Neuer Mitarbeiter Silberhorn (Bauamt) wird sich in der nächsten Sitzung vorstellen.

GR Brey: Bürgerversammlung sollte als Videokonferenz geplant werden. Eine technische Unterstützung gäbe es.

BM Obermeier: Bürgerversammlungen sind für September geplant.

GR Lingauer findet den Text bzgl. der Einladung in das Impfzentrum in Bernhardswald nicht passend. Es geht ihm um den Namen „Schuck“ der dort erwähnt wird.

BM Obermeier: dieser Name ist für die ältere Generation bestens bekannt und soll den Ort des Impfzentrums besser kenntlich machen.

GR Dr. Niebelschütz fragt nach, wie es mit Verstärkerbussen bei Schulbeginn aussieht.

BM Obermeier: seit Corona wird das Angebot für Verstärkerbusse von der Gemeinde angenommen.

GR Rehm weist darauf hin, dass die Hundeverordnung abgelaufen ist.

BM Obermeier bedankt sich für den Hinweis. Die Hundeverordnung wird erneuert und angepasst.

BM Obermeier beschließt die öffentliche Sitzung.

05.02.2021

Protokollersteller: GR-Mitglieder der FREIEN WÄHLER Bernhardswald.